

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Stadtblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Tagesblatt Rieser,
Gemeindef. Nr. 22,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großgörs, des Amtsgerichts und der Amtswirtschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Melan beiderorts bestimmes Blatt.

Postfachkonto:
Todesjahr 1932,
Verleger:
Rieser Nr. 22.

Nr. 81.

Sonnabend, 6. Februar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Verzögerungen der Abgabe und Materialpreiserhöhungen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachlieferung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Stellen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 2 mm hohe Grundschreibzeile (8 Zeilen) 10 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und unbilliger Satz 50%, Kuffschlag, feste Karte, bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Spazierer an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Vertriebsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Verlagsort und Verlag: Sanger & Wenterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gortschstraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Kundgebung der Weltöffentlichkeit für die Abrüstung in Genf.

Unterzeichnung der Ostschiffverordnung durch den Reichspräsidenten. — Putsch in Memel?

Bisher 515 000 Eintragungen für Hindenburg.

Berlin. Der Hindenburg-Kandidat teilt mit: In den ersten drei Tagen haben sich nach der vorläufigen Zäh- lung insgesamt 515 000 Personen eingetragen.

Der britische Imperialismus marschiert.

Josef Chamberlains Traum wird Wirklichkeit.

Er war eigentlich der erste britische „Kreuzritter“, der Vater Josef Chamberlain, dessen Ehre wir alle kennen, Austin, der im letzten Jahrzehnt wiederholt eng- lischer Außenminister war und Neville, den gegenwärtigen englischen Schatzkanzler und politischen Testamentvoll- strecker seines Vaters. Wie kein zweiter englischer Staats- mann brachte Josef Chamberlain im ersten Jahr- zehnt dieses Jahrhunderts die englische Volkseele in Wallung, als er von Stadt zu Stadt zog und für den politischen Imperialismus unter der Parole warb: „Ein Reich, ein Recht, eine Flagge, ein König!“ Das ganze britische Weltreich sollte nach seiner genialen Auffassung in allen seinen Teilen, im Mutterland, in den Dominions und in sämtlichen Kronkolonien vollkommen einheitlich ausgestaltet werden. Staatsrechtlich war das eine Selbst- verständlichkeit, aber der große neue Gedanke Josef Cham- berlains war, daß das Empire auch wirtschaftlich zu einem sich selbst genügenden Weltreich ausgestaltet werden müßte. Zu diesem Zweck war aber der Übergang Englands vom Freihandel zum Schutzzoll notwendig. Josef Chamberlain zog aus dieser seiner Erkenntnis die Folgerung, und ging von den freihändlerischen Liberalen zu den schutz- zollnerischen Konservativen über. Die breiten Schichten des englischen Volkes hatten dafür aber kein Verständnis. Bei den nächsten Unterhauswahlen wurden die Konservativen geschlagen und der Freihandel beherrschte weiter die Wirt- schaftspolitik Großbritanniens.

Am Donnerstag, dem 4. Februar 1932 erlebten die Söhne des großen englischen Staatsmannes Josef Cham- berlain, Neville und Austin, die Genugtuung, daß das politische Testament ihres Vaters vom Unterhaus voll- streckt wurde. Es war eine geschichtlich bedeutungsvolle Unterhausung. Das zeigte sich schon rein äußerlich. In der Beerdigung saßen die beiden ältesten Söhne König Georg V., der Prinz von Wales und der Herzog von York. Das diplomatische Corps war vollständig erschienen. Von den Damen der Parlamentarier fehlte keine in der feierlichen Privatgalerie und die Unterhausmitglieder selber waren vollständig zur Stelle. Nur die Berichter- statter waren in bedrängter Lage, denn von mehr als 100 ausländischen Journalisten waren nur 10 zugelassen. Geduldig wartete das hohe Haus, bis endlich kurz nach 4 Uhr der Sprecher, der Präsident des Unterhauses die Sitzung eröffnete.

Dann erhob sich der Schatzkanzler Neville Cham- berlain zu seiner großen Rede über die neue Zollpolitik der englischen Regierung. Was er sagte, war keine Ueber- raschung, denn die Pläne der nationalen Konzentrations- regierung MacDonald waren längst durchgesiebt. Auf alle Waren wird ein neuer Zollaufschlag, ein Wertzoll von 10 v. H. gelegt werden. Dabei bleiben die alten Mac- donald-Zölle und die letzten beiden Zollnotverordnungen bis Mitte Mai weiter in Kraft. Zollfrei bleiben nur Weizen und Fleisch, vorerst auch Tee, wenigstens bis zum nächsten Haushalt. Eine ständige Zollkommission soll die praktische Auswirkung der neuen Zollpolitik überprüfen. Außerdem verlangte und erhielt die Regierung die Voll- machten, auf dem Wege neuer Notverordnungen den Zoll für einzelne Artikel bis zu 100 Prozent ihres Wertes zu erhöhen oder ihn auch zu ermäßigen.

Das neue englische Zollsystem trägt somit elastischen Charakter. Der ständige Zollaufschlag der Regierung und des Unterhauses wird durch die neuen Maßnahmen in die Lage versetzt, die Höhe der Schutzzölle der jeweiligen wirt- schaftlichen Lage anzupassen. Schreiten andere Mächte zu Schutzzöllen gegenüber England, so ist das Kabinett MacDonald in der Lage, mit entsprechenden Kampfschritten zu erwidern. Wichtiger als diese Bestimmungen sind aber die wirtschaftlichen Maßnahmen zur Förderung des britischen Imperialismus, die getroffen wurden. Alle eng- lischen Kronkolonien sind nämlich mit ihrer gesamten Ein- fuhr nach England sowohl von dem 10 prozentigen Finanz- zoll als auch von den drohenden Schutzzöllen befreit. Den gleichen Vorzug haben alle britischen Dominions bis zur Reichskonferenz in Ottawa, die im Juli ds. Js. zusammen- treten wird. Schon daraus ergibt sich die weltwirtschaftliche Bedeutung dieser Konferenz. Erst nach ihrem Abschluß werden die Verhandlungen mit den skandinavischen und südamerikanischen Ländern aufgenommen werden, die wirt- schaftspolitisch dem britischen Empire nahesteht.

Zum Schluß seiner großen Rede gedachte Schatz- kanzler Neville Chamberlain mit herzlich bewegter Stimme

Französisches Memorandum über die Abrüstungsfrage.

Genf. Der französische Delegierte Laugier hat am Schluß der gestrigen Vorkonferenz der Abrüstungskon- ferenz dem Präsidenten Henderson ein Memorandum über- geben, worin der Standpunkt der französischen Regierung zu den Aufgaben der Abrüstungskonferenz abgeleitet ist. Das französische Memorandum hat die bekannte französische Sicherheitsdelegation zur Grundlage.

Die französischen Abrüstungsvorschläge

Die französischen Vorschläge, die der Abrüstungskon- ferenz übergeben worden sind, sehen im ersten Kapitel die In- ternationalisierung der Zivilflugschiffe vor. Die Bombenflug- zeuge sollen generell dem Völkerbund zur Verfügung gestellt werden.

Im Kapitel 2 wird ausgeführt, daß nur solche Mächte schwere Artillerie, Einheitsjäger und Unterseeboote besitzen, die sich dem Völkerbund, dem Völkerbund zur Ver- wendung des Artikels 18 zur Verfügung zu stellen.

Kapitel 3 handelt von der internationalen Streitmacht. Die Völkerbundstruppe soll durch Stellung von Kontingen- ten der einzelnen Staaten, die auf den Territorien dieser Staaten verbleiben, gebildet werden. Frankreich erklärt sich bereit, zu Expeditionen außerhalb Europas eine gewisse Luftfahrtruppe, ferner Landmaterial ohne Personal und ohne Munition zur Verfügung zu stellen. Für Expeditionen in Europa will Frankreich eine Division, bestehend aus allen Waffengattungen, eine Marinebrigade, eine gewisse Luft- fahrtruppe und Landmaterial bereitstellen. Sollte ein Angriff unter Druck der Sitzung des Völkerbundes stattfinden, so ist jedes Land berechtigt, ohne weiteres seine eigenen Kräfte, also auch die internationalen Kontingente einzusetzen.

Kapitel 4 behandelt den Schutz der Zivilbevölkerung. Es wird Verbot des Bombenabwurfs gefordert, jedoch mit einer Reihe von Vorbehalten.

Im letzten Kapitel werden Vorschläge über „die Organi- sation des Friedens“ gemacht. Die Substanten des fran- zösischen Memorandums vom 15. Juli 1930 betreffen Defini- tion des Angriffsrechts usw. werden noch einmal wiederholt.

Die französischen Vorschläge über die Internationalisie- rung der Zivilflugschiffe betragen, daß die Zivilflugschiffe und die Bombenflugzeuge dem Völkerbund zur Verfü- gung gestellt werden sollen, weil diese neuartige Kriegswaffe sich gegenüber der Zivilbevölkerung am gränzen am stärksten auswirke. Die französische Regierung fordert zunächst die Internationalisierung der Zivilflugschiffe. Die Staatsan- gehörigen der Signatarmächte der künftigen Abrüstungskon- vention sollen nur solche Flugzeuge herstellen und frei ver- wenden dürfen, die nicht militärisch verwendbar sind und deren Größe eine von der Konferenz festzusetzende Ziffer nicht übersteigt. Der Bau und die Verwendung von größeren Luftfahrzeugen soll internationalen, interkontinentalen und interkolonialen Organisationen übertragen werden, die ihrer- seits dem Völkerbund unterliegen, der auf dieses Material ein ständiges Requisitionsrecht besitzen soll. Die militärischen Großflugzeuge sollen allein dem Völkerbund, und zwar unbeschränkt, zur Verfügung stehen.

Die französische Ueberrumpelung in Genf.

Genf. Das unerwartete Hervortreten der fran- zösischen Abordnung mit einem umfangreichen Vorschlag zur Sicherheits- und Abrüstungsfrage bildet hier das Ereignis des Tages. In deutschen Kreisen besteht der Eindruck, daß Laugier in seiner einseitigen Unterredung mit Radolin am Donnerstag diesem keine Mitteilungen über die offizielle Einreichung des französischen Vorschlages gemacht hat. In Kreisen der englischen Abordnung haben die fran- zösischen Vorschläge, wie verlautet, große Beunruhigung ausgelöst, da sie über den bisherigen französischen Stand- punkt in der Sicherheitsfrage weit hinausgehen.

seines Vaters, er erinnerte an seine geniale Vision von dem sich selbst genügenden britischen Weltreich und — setzte sich. Jetzt aber sprangen die Massen der Konservativen auf, sie schrien mit Tauchentwürfen und Drud- sachen und jubeln ihm zu. Selbst dort, wo die Lords sitzen, auf der Beerdigung, erheben sich der Prinz von Wales und der Herzog von York, auch der jüngste Sohn des Königs, Prinz Georg, war da, auch all die vielen vornehmen Damen der Parlamentarier in der Privat- galerie und natürlich dem Redner Beifall. England ist vom Freihandel zum Schutzzoll übergegangen. Eine neue Epoche des britischen Weltreichs beginnt, hoffnungsreich

Deutschland und der französische Vorschlag.

Berlin. (Zuspruch.) Der französische Abrüstungs- vorschlag liegt in seinem Wortlaut in Berlin noch nicht vor. Es ist deshalb auch noch nicht möglich, vom deutschen Stand- punkt aus irgendwelche abschließende Stellung zu nehmen. Natürlich wird der Reichskanzler in seiner Rede in Genf auch das französische Projekt behandeln, aber doch wohl nur in größerem und allgemeinerem Rahmen das Abrüstungs- problem überhaupt.

Inzwischen ist nun in der deutschen Presse bereits eine eingehende Ablehnung der französischen Vorschläge erfolgt. Im übrigen geht ja der deutsche Standpunkt zum Ab- rüstungsproblem selbst bekanntlich dahin, daß wir nach we- teren großen Vorleistungen auf dem Gebiete der Abrüstung in Genf gewissermaßen als Abrüstungsgläubiger erscheinen und nun zunächst einmal abwarten müssen, welche Vor- schläge die anderen Mächte machen. Insofern ist die Zah- lung, daß Frankreich mit einem Vorschlag an die Defensiv- lichkeit tritt, durchaus nicht überraschend, sondern ganz logisch. Bereits das erste Auslandesdebatte zeigt, daß schon sehr bald weiter in den französischen Kreis gezogen werden wird.

Rühre Aufnahme in Amerika.

Newport. (Zuspruch.) Die Wähler bringen den Vorschlag Frankreich auf der Genfer Abrüstungskonferenz in großer Aufnahme, haben aber zugleich die fähige Auf- nahme hervor, die der Vorschlag in Washington, namentlich im Senat freilich, findet. Das Staatsdepartement lehnte eine Erklärung zu dem französischen Vorschlag mit dem Hinweis ab, daß die Verwendung von Meer und Luft ohne Angedenken des Kongresses sei.

Die Wahl der Vizepräsidenten in Genf.

Auch Deutschland mit 50 Stimmen gewählt.

Genf. Die Abrüstungskonferenz hat gestern nach- mittag in geheimer Abstimmung die 14 Vizepräsidenten gewählt, die zusammen mit dem Präsidenten Henderson und dem Ehrenpräsidenten Motta das Büro der Konferenz bilden. Unter Beteiligung von 54 Staaten wurden die Vertreter folgender Delegationen gewählt: Frankreich mit 54, Italien mit 54, Großbritannien mit 53, die Vereinigten Staaten von Amerika mit 52 und Deutschland mit 50 Stimmen, ferner Schweden mit 48, Japan mit 47, Spanien, Argentinien, Belgien und die Sowjetunion mit 36 Stimmen, die Tschechoslowakei und Polen mit 33 und Oesterreich mit 32 Stimmen.

Rundgebung

der Weltöffentlichkeit für die Abrüstung in Genf.

Genf. (Zuspruch.) Die Abrüstungskonferenz hat in ihrer heutigen Vollversammlung, die der Entgegennahme privater Petitionen gewidmet war, den Anblick einer großen Rund- gebung der Weltöffentlichkeit für Frieden und Abrüstung. Bei Beginn der Sitzung bewegte sich ein Zug von etwa 100 Vertreterinnen der verschiedenen Frauenorganisationen der ganzen Welt in den Konferenzsaal, wo mit Frau Dingman im Namen von 45 Millionen organisierter Frauen und Frau Sieber-Gugering (Köln) im Namen der 35 Mil- lionen Mitglieder der katholischen Frauenorganisationen sprachen und die gesammelten Unterschriften 8 Millionen 200 000 auf dem Tisch des Dankes niederlegten. Danach sprach Dr. Joachim Müller (Deutschland) für die Genfer Gruppe internationaler christlicher Organisationen und nationaler Kirchen und Kirchenverbände.

Begrüßt von den edlen Lords und den Massen der Ge- meinen.

Stützung der Fortwirtschaft?

Die Reichsregierung hat im Einvernehmen mit dem Reichsfortwirtschaftsrat auf Grund der Forderung vom 1. Dezember 1931 eine Erhöhung der Zölle für Hartholz und Erzeugnisse aus Hartholz beschlossen. Die bisher geltenden Zölle werden im allgemeinen verhö- pelt.